

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934**

29 (3.2.1934)

# Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig. D. N. 8800 I.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hiltnerstr. 63, Fernspr. 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamthalt: L. Dups, Durlach.



Anzeigeberechnung: Die 6spaltige Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Reklamezeile 18 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 29

Samstag, den 3. Februar 1934

105. Jahrgang

## Kurze Tagesübersicht

Die deutsche Deutschrift zur Abrüstungsfrage, die kürzlich dem französischen Botschafter übergeben wurde, wird am Samstag veröffentlicht.

Die nunmehr veröffentlichte französische Note zur Abrüstung zeigt, daß Frankreich im Gegensatz zu Italien und England auf seiner alten Einstellung beharrt.

Die österreichische Regierung hat zur Antwortnote der Reichsregierung eine ablehnende Stellung eingenommen. Zugleich wird jetzt die deutsche Note an Österreich veröffentlicht.

Nach einer Aufforderung des Reichsministers an die Völkervereinigungen werden alle monarchistischen Verbände im aufgelöst.

In Belgrad beginnt am Samstag die Balkan-Konferenz, die den Abschluß des Balkan-Paktes zwischen vier Mächten zum Ziele hat.

Zahlreiche nationalsozialistische Kundgebungen haben sich in Österreich ereignet, wobei wieder Papierböllerei explodierten und diese Nationalsozialisten in die Konzentrationslager geschleppt wurden. In einigen Orten wurde sogar mehrere Gewerbetreibenden, die der NSDAP nahestanden, die Gewerbeberechtigung entzogen.

Reichsminister Gumbel hat Schriftleiter Willi Kranke zum Reichsflamdramatagen ernannt.

Die deutsche Antwort an die österreichische Regierung wegen deren kürzlichen Note ist heute veröffentlicht worden; in dieser Antwort werden die österreichischen Argumente Punkt für Punkt widerlegt.

Die Tiroler Heimwehr hat außer rücksichtsloser Bekämpfung des Nationalsozialismus nunmehr auch die folgenden Forderungen aufgestellt: Selbstauflösung der Christlichsozialen Partei, Rücktritt aller Christlichsozialen von den öffentlichen Stellen und Auflösung der Sozialdemokratischen Partei.

Die amtlichen Berichte sprachen von einem Heimwehrangebot in Innsbruck von über 8000 Mann; wie man berichtet, sind es jedoch nur 500 Mann gewesen, und diese in jämmerlicher Kostümirung.

Als die Ursache der Explosion in Altkoetting wurde ein achtlos angelegtes Streichholz eines Gehilfen festgestellt.

## Hindenburg empfängt die ausländischen Reichsoffiziere

Berlin, 2. Febr. Reichspräsident von Hindenburg empfing in Gegenwart des Inspektors der Kavallerie, Generalleutnant Knochenhauer, die aus Anlaß des Internationalen Reitturniers in Berlin anwesenden fremdländischen Offiziere. Nach einer kurzen allgemeinen Begrüßung, bei der der Reichspräsident sein Bedauern zum Ausdruck brachte, den reitenden Kämpfen nicht beiwohnen zu können, ließ er sich die Herren einzeln vorstellen. Beim Abschied gab der Reichspräsident der Hoffnung Ausdruck, daß der Aufenthalt in Berlin bei allen Teilnehmern in guter Erinnerung bleiben und die kameradschaftlichen Beziehungen der Offiziere der verschiedenen Armeen miteinander pflegen wird.

## Alle monarchistischen Verbände aufgelöst

Berlin, 2. Febr. Einer Anregung des preußischen Ministerpräsidenten folgend hat sich der Reichsminister des Innern veranlaßt gesehen, die Landesregierungen zu ersuchen, alle monarchistischen Verbände sofort aufzulösen und zu verbieten. Die Maßnahme hätte sich erübrigt, wenn sich die Verbände der gebotenen Zurückhaltung befehligen und auf die Pflichten rein geschichtlicher Erinnerungen beschränkt hätten. Der nationalsozialistische Staat wird die historischen Verdienste großer deutscher Fürsten und preußischer Könige stets anerkennen. Er kann es aber nicht dulden, daß sich dunkle Elemente in die monarchistische Bewegung einschleichen und den Versuch machen, sie zu einer Opposition gegen den nationalsozialistischen Staat auszubauen. Schon solche Versuche verstoßen gegen Sinn und Geist des Gesetzes gegen die Neubildung von Parteien vom 14. Juli 1933, das die nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei als einzige in Deutschland bestehende Partei anerkannt hat.

## Die deutsche Antwort an die österreichische Regierung

Berlin, 2. Febr. Das österreichische amtliche Kommuniqué über die Sitzung des Ministerrats in Wien vom 2. ds. Mts. teilt mit, daß die Antwortnote der deutschen Reichsregierung den von der österreichischen Bundesregierung erhobenen Beschwerden in keiner Weise Rechnung trage und sich damit begnüge, die einzelnen Beschwerdepunkte einfach in Abrede zu stellen. Aus diesem Grunde habe der Ministerrat die deutsche Antwortnote einhellig für unbefriedigend befunden. Ansehts dieser Stellungnahme der österreichischen Regierung hält es die deutsche Regierung für angebracht, die deutsche Antwort nachstehend bekanntzugeben:

Antwort auf die von dem Herrn österreichischen Gesandten am 17. Januar überreichte Note

Die Note enthält eine einseitige Schilderung gewisser Vorkommnisse in Österreich und verbindet damit den Vorwurf, daß diese Vorkommnisse auf eine unsulässige, von Deutschland aus unternommene Einmischung in die innerpolitischen österreichischen Verhältnisse zurückzuführen seien. Sie spricht von einem Konflikt zwischen den beiden deutschen Staaten und gibt dem ganzen Fragenkomplex eine Darstellung, die ihn von vornherein unter einen falschen Gesichtspunkt rückt. Bevor die deutsche Regierung auf die einzelnen Vorkommnisse eingeht, hält sie es für nötig, diesen falschen Gesichtspunkt richtigzustellen.

Es handelt sich nicht um einen Konflikt zwischen den beiden deutschen Staaten als solche, der unter der von der österreichischen Regierung geltend gemachten formalen Begriff des Völkerrechts liege, sondern um die Auseinandersetzung der österreichischen Regierung mit einer Bewegung des ganzen deutschen Volkes. Der Nationalsozialismus, der die Bevölkerung des Reiches mit elementarer Kraft ergriffen und der die deutsche Bevölkerung Österreichs schon seit langem in seinen Bann gezogen hat, wird von der österreichischen Regierung mit allen Mitteln der Gewalt in seiner legalen Entwicklung und freien Entfaltung gehindert. Es ist selbstverständlich, daß durch die politische Grenze zwischen dem Reich und Österreich das Gefühl österreichischer und geistiger Verbundenheit nicht beseitigt und das Uebergreifen völkerverbindender Ideen nicht aufgehalten werden kann. Die österreichische Regierung kann nicht erwarten, daß Deutschland einem Regierungssystem gleichgültig gegenübersteht, das alles das unterdrückt und unterdrückt, was das deutsche Volk mit neuem Mut und neuer Zuversicht erfüllt. Es ist unvermeidlich, daß der schwere innerpolitische Konflikt in Österreich auch auf das Verhältnis des Reiches zu Österreich seine gefühlsmäßige Rückwirkung hat. Trotzdem hat die deutsche Regierung es auf das peinlichste vermieden, sich in die innerpolitischen Verhältnisse Österreichs einzumischen. Sie hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß ihr jeder Gedanke an gewaltsame Einmischung oder irgend eine Verletzung vertraglicher Bindungen vollkommen fern liegt. Sie kann daher nur ihr lebhaftes Bedauern darüber äußern, daß die österreichische Regierung bei mehrfachen Anlässen die deutsche Regierung verächtlich hat als ob sie die Unabhängigkeit Österreichs bedrohe.

Bei der grundsätzlichen Einstellung der deutschen Regierung versteht es sich im Gegensatz zu der Darstellung der österreichischen Regierung ganz von selbst, daß die deutsche Regierung es nur begrüßen würde, wenn endlich eine Verständigung zwischen der österreichischen Regierung und der Nationalsozialistischen Partei in Österreich herbeigeführt werden könnte. Auch von seiten nationalsozialistischer Kreise in Deutschland ist niemals etwas geschehen, was einer solchen Verständigung hätte entgegenwirken können. Ferner hat auch, soweit hier bekannt, die nationalsozialistische Partei in Österreich selbst niemals ihre Mitarbeit an der Lösung des innerpolitischen österreichischen Problems abgelehnt. Die österreichische Regierung weiß das, daß die Zusammenkunft, die auf Grund der Berliner Demarche des Herrn österreichischen Gesandten vom 1. Januar dieses Jahres zwischen Herrn Bundeskanzler Dollfuß und Herrn Habicht durch Vermittlung der Reichsregierung vereinbart worden war, im letzten Augenblick nicht etwa von nationalsozialistischer Seite, sondern von der österreichischen Regierung ohne jeden stichhaltigen Grund abgelaßt worden ist.

Daß die deutsche Regierung stets darauf Bedacht genommen hat, eine Verschärfung der Lage zu vermeiden, kann die österreichische Regierung zum Beispiel aus der Zurückhaltung ersehen, mit der von deutscher Seite der Zwischenfall „Schuhmacher“ behandelt worden ist. Obwohl es sich um die Erfassung eines Reichswehrpolizisten durch besetzte österreichische Grenzorgane auf deutschem Gebiet handelte, und obwohl die gemeinsame Unternehmung die Allenschild der österreichischen Organe ergab, hat die deutsche Regierung alles getan, was eine schnelle Beilegung dieses ernsten Zwischenfalls ermöglichte. Trotzdem hat die österreichische Regierung es bisher unterlassen, die zugesicherte gericht-

liche Sühne herbeizuführen. Die deutsche Regierung muß darauf bestehen, daß ihr jetzt endlich die damals in Aussicht gestellte Mitteilung über die Bestrafung der Täter zugeht.

Nach diesen Ausführungen möchte die Reichsregierung auf die einzelnen von der österreichischen Regierung erhobenen Beschwerden näher eingehen.

### I. Die „Österreichische Legion“

Die deutsche Regierung hat die von der österreichischen Regierung erneut aufgestellte Behauptung von angeblichen Plänen eines gewaltsamen Vorgehens der sogenannten Österreichischen Legion gegen österreichisches Gebiet schon mehrfach als unwahr zurückgewiesen. Sie bezieht sich vor allem auf ihre Note vom 21. September v. Js., in der sie die vorgebrachten Beschwerden Punkt für Punkt widerlegt hat. Im übrigen ist, wie der österreichischen Regierung bekannt, das Lager Lechfeld in vollem Umfange geräumt und die Verteilung der österreichischen Flüchtlinge auf einzelne, zum Teil erheblich von der österreichischen Grenze entfernt liegende Orte, Weiden, durchgeführt worden. Von einer Zusammenziehung an der Grenze kann daher keine Rede sein.

Die dem Auswärtigen Amt neuerlich — ohne Namensnennung — übermittelten Aussagen von österreichischen Staatsangehörigen, die der sogenannten Österreichischen Legion angehört haben sollen, tragen deutlich den Stempel der Un glaubwürdigkeit und haben sich nach dem Ergebnis der von der deutschen Regierung vorgenommenen Untersuchungen als völlig unzutreffend herausgestellt.

Betr. näherer Einzelheiten wird auf die Anlage I verwiesen.

### II.

Sendung von Propaganda- und Sprengmaterial von Deutschland nach Österreich

Die deutsche Regierung hat diesem Punkt angeichts der Schwere der erhobenen Beschuldigung einer besonders eingehenden Prüfung unterzogen. Vorweg möchte sie auf die strengen Bestimmungen über den Verkehr und den Handel mit Sprengstoffen in Deutschland hinweisen, die es ausgeschlossen erscheinen lassen, daß Sprengstoffsendungen in größerem Umfange aus Deutschland nach Österreich stattgefunden haben können. Dazu kommt, daß die zuständigen deutschen Behörden schon seit längerer Zeit die Grenze in verstärkter Weise überwachen. Immerhin wäre es bei der Länge und der schwierigen Linienführung der deutsch-österreichischen Grenze vielleicht möglich, daß in einzelnen Fällen Schmuggeltransporte der Aufmerksamkeit der deutschen Grenzbeamten — nach der Darstellung der österreichischen Regierung offenbar auch der Aufmerksamkeit der österreichischen Grenzbeamten — doch entgangen wären. Indessen haben die angelegten Ermittlungen keinen Anhaltspunkt dafür gegeben, daß solche Schmuggelfälle tatsächlich vorgekommen sind. Wollig ausgeschlossen ist es aber, daß amtliche oder parteiamtliche deutsche Stellen irgendwie an einem derartigen Schmuggel beteiligt waren oder ihn auch nur begünstigt haben.

Im übrigen wird auf Anlage II Bezug genommen.

### III.

#### Heftkampagne durch die Presse

Zu der Beschwerde über die angebliche Verhöhnungskampagne der reichsdeutschen Presse gegen die österreichische Regierung muß bemerkt werden, daß in der Tat in einzelnen Fällen Angriffe auf die österreichische Regierung erfolgt sind, die jedoch lediglich die Antwort auf eine Anzahl höchst gehässiger Ausfälle der österreichischen Presse gegen das neue Deutschland darstellten. Letztere sind leider von den österreichischen Behörden weder gehindert noch geahndet worden, sondern werden, trotz der Proteste der deutschen Gesandtschaft in Wien, in mehr als 200 Fällen mit offensichtlicher Unterstützung und aktiver Beteiligung amtlicher österreichischer Kreise tagtäglich in gesteigertem Maße fortgesetzt.

### IV.

#### Rundfunkpropaganda

Die Behauptung der österreichischen Regierung, daß im deutschen Rundfunk eine Verhöhnungskampagne getrieben werde, ist nicht richtig. Die Vorträge des Rundfunks richten sich an die reichsdeutschen Hörer und unterrichten diese über die Entwicklung in Österreich. Die Bestimmungen der internationalen Rundfunkverträge werden dabei in jeder Hinsicht eingehalten. Dagegen hat die deutsche Regierung trotz wiederholter Vorstellungen immer wieder feststellen müssen, daß von österreichischer Seite der Rundfunk zu intensiver Propaganda gegen das neue Deutschland mißbraucht wird, wobei der amtliche Nachrichtendienst selbst vor üblen Verleumdungen nicht zurückschreckt.

Näheres ergibt sich aus Anlage III.

### V.

#### Kampfring der Deutsch-Österreicher im Reich

Im gleichen Zusammenhang protestiert die österreichische Regierung gegen die Gründung und Förderung des „Kampfringes der Deutsch-Österreicher“ im Reich. Dazu bemerkt die deutsche Regierung, daß es sich um eine freie Vereinigung von im Deutschen Reich lebenden Österreichern handelt, die den Wunsch gehabt haben, sich auf nationalsozialistischer Grundlage

zusammenzuschließen. Irgendeine Förderung oder Unterstützung seitens deutscher Behörden ist niemals erfolgt. Andererseits hat die Tätigkeit des Vereins bisher den deutschen Behörden auch keinen Anlaß zum Einschreiten gegeben.

VI.

Reise des Erbprinzen zu Waldeck und Pyrmont.

Die Reise des Erbprinzen zu Waldeck und Pyrmont nach Wien wird von der österreichischen Regierung als Beweis einer Konspiration gegen die österreichische Regierung betrachtet. Dazu ist folgendes zu sagen:

Legationsrat Erbprinz zu Waldeck u. Pyrmont sollte seinerzeit mit Wissen und Billigung der österreichischen Regierung Herrn Habicht nach Wien zu der Zusammenkunft mit dem Herrn Bundeskanzler begleiten. Nachdem diese dann von österreichischer Seite überraschend abgelehnt worden war, hat sich Legationsrat Erbprinz zu Waldeck und Pyrmont in amtlichem Auftrag nach Wien begeben, um sich bei der deutschen Gesandtschaft über die Lage zu informieren. Bei dieser Gelegenheit hat er den ihm seit langen Jahren bekannten Herrn Frauenfeld in dessen Wohnung aufgesucht und dort auch den Grafen Alberti getroffen. Wie man aus diesem Besuche eine Konspiration gegen den österreichischen Staat herleiten könnte, ersieht der Reichsregierung umso weniger verständlich, als Graf Alberti Führer der niederösterreichischen Heimwehren, also Mitglied einer Regierungspartei war.

Zusammenfassend kann die deutsche Regierung nur ihr Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, daß die österreichische Regierung es für angezeigt gehalten hat, schwerwiegende Vorwürfe zu erheben, obwohl sie deren Unrichtigkeit aus den ihr von der deutschen Regierung bereits bei früherer Gelegenheit gemachten Mitteilungen ohne weiteres hätte ersehen können. Das Vorgehen der österreichischen Regierung hat die deutsche Regierung umso mehr befremdet, als die österreichische Regierung, ohne das Ergebnis der deutschen Untersuchung abzuwarten, gleichzeitig mit ihrem Schritte in Berlin andere Regierungen mit der Angelegenheit befaßt hat.

Wenn die österreichische Regierung darüber hinaus erklärt, sie müsse ernstlich in Erwägung ziehen, sich an den Völkerbund zu wenden, so muß ihr die Verantwortung für einen solchen Schritt überlassen bleiben. Die deutsche Regierung ist jedenfalls nicht der Ansicht, daß das vorliegende Problem, das seine Wurzeln letzten Endes in einem rein innerpolitischen Konflikt in Österreich hat, der internationalen Behandlung zugänglich wäre und auf diesem Wege gelöst werden könnte.

Berlin, den 31. Januar 1934.

Die der Antwort beigefügten Anlagen erhärten noch im Einzelnen die deutschen Darlegungen.

**Ablehnende österreichische Stellungnahme**

zur Antwortnote der Reichsregierung

Wien 2. Febr. Das Kabinett hat in einer bis in die späten Nachtstunden andauernden Sitzung den Inhalt der dem österreichischen Gesandten in Berlin übermittelten Antwortnote der Reichsregierung zu dem österreichischen Schritt vom 17. Januar d. J. geprüft. Ueber die Beratungen des Kabinetts, das unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Dr. Dollfuß taute, wurde in der Nacht folgende amtliche Verlautbarung der österreichischen Regierung veröffentlicht.

„Die Antwort der deutschen Reichsregierung auf den österreichischen Schritt in Berlin vom 17. Januar d. J. ist in den späten Abendstunden in Wien angelangt und wurde dem zu dieser Stunde noch tagenden Ministerrat zur Kenntnis gebracht.“

Der Ministerrat mußte aus der Antwort der deutschen Reichsregierung mit Bedauern entnehmen, daß auch dieser Versuch der österreichischen Bundesregierung, den Konflikt unmittelbar zwischen den beiden deutschen Staaten zu bereinigen, bei der deutschen Reichsregierung kein Verständnis gefunden hat. Die Antwort der deutschen Reichsregierung trägt den von der österreichischen Bundesregierung erhobenen Beschwerden in keiner Weise Rechnung und begnügt sich damit, die einzelnen Beschwerdepunkte einfach in Abrede zu stellen. Aus diesem Grunde hat der Ministerrat die deutsche Antwortnote einhellig für unbefriedigend gefunden. In dem zuverlässigen Vertrauen auf das gute Recht und in einmütiger Entschlossenheit wird die Bundesregierung unter Führung des Bundeskanzlers Dollfuß nunmehr den Weg weitergehen, der ihr durch die Verhältnisse aufgezwungen ist.“

**Vor einer internationalen Aktion Österreichs gegen Deutschland**

DNB. Wien, 2. Febr. Nach einer halbamtlichen Mitteilung wird ein außerordentlicher Ministerrat bereits in aller nächster Zeit zusammentreten, um den endgültigen Beschluß über die internationale Aktion Österreichs gegen Deutschland zu fassen. Man erwartet, daß die Sitzung noch vor der Abreise des Bundeskanzlers Dollfuß nach Budapest am 7. Februar stattfinden wird. Die allgemein als unmittelbar bevorstehend angesehene Antufung des Völkerbundes durch die Regierung wird von der Presse bereits als eine feststehende Tatsache hingestellt.

**Bundeskanzler Dollfuß empfängt die Gesandten Englands, Frankreichs und Italiens.**

DNB. Wien, 2. Febr. Bundeskanzler Dollfuß empfing in den Abendstunden des Freitags einzeln die Gesandten Englands, Frankreichs und Italiens. Ueber die Unterredungen wird keine amtliche Mitteilung veröffentlicht, jedoch verlautet, daß die durch die Ablehnung der deutschen Antwort im gestrigen Ministerrat geschaene neue Lage erörtert worden sei. Es wird erwartet, daß der angekündigte außerordentliche Ministerrat, in dem der englische Beschluß über die internationale Aktion der österreichischen Regierung gefaßt werden soll, bereits am Samstag oder Montag zusammentreten wird.

**Die österreichische Note in Wien veröffentlicht.**

DNB. Wien, 2. Febr. Die österreichische Regierung veröffentlichte am Freitagabend ihrerseits die Notiz, die sie am 17. v. Mts. durch ihren Berliner Gesandten Tauschig der Reichsregierung hatte übermitteln lassen.

**Strafexpeditionen der österreichischen Heimwehren**

Wien, 2. Febr. Die Führer der Heimwehren Tirols haben beim Landeshauptmann Dr. Stumpf die Forderung erhoben, dem Landeshauptmann einen von den Parteien unabhängigen Landesausschuß zur Seite zu stellen. Die Heimwehrführer verlangten ferner rücksichtslose Säuberung aller Ämter von allen des Nationalsozialismus verdächtigen Elementen. Alle „nationalfeindlichen Verbände“ sollen aufgelöst und die Nationalsozialisten zur Bezahlung aller irgendwie entstandenen Schäden verpflichtet werden. Es hat den Anschein, als ob diese Forderungen von der Regierung erfüllt werden.

In Tirol sind seit Dienstag insgesamt 8000 Mann Heimwehr zur Durchführung der angekündigten Strafaktion aufgeboten worden. Eine ähnliche Säuberung und Strafexpedition plant man auch für Oberösterreich. Die Aktion soll dann später auf das ganze Land Salzburg ausgedehnt werden. Wie verlautet, beabsichtigt die Regierung, Sicherheitskommissare bei allen Bezirkshauptmannschaften zu ernennen. Für Bad Gastein ist von Vizelandesrat Jey persönlich eine Strafexpedition angeordnet worden. Als Vergeltung für die Papierbölleranschläge wurden in Bad Gastein 30 führende nationalsozialistische Persönlichkeiten verhaftet, ohne daß ihnen irgend etwas nachgewiesen werden konnte.

**Der unbefriedigte Dollfuß**

DNB. Wien, 2. Febr. Die österreichische Regierung veranfaltete am Freitag für Bundeskanzler Dollfuß einen Straßenaufmarsch des Niederösterreichischen Bauernbundes. Amtliche Mitteilungen beziffern die Zahl der Teilnehmer auf 100.000. Nach dem Marsch durch die Straßen begaben sich die demonstrierenden Bauern in die Halle des Nordwestbahnhofes, wo sich der Landeshauptmann von Niederösterreich, Reither, in einer Ansprache in heftigen Ausfällen gegen den Nationalsozialismus erging. Nach ihm hielt Bundeskanzler Dollfuß eine längere Rede, in der er der nationalsozialistischen Bewegung und der Reichsregierung die bereits bekannten und schon oft widerlegten Vorwürfe machte. Dollfuß bezeichnete die deutsche Antwort auf die österreichische Note als ungenügend und kündigte an, daß Österreich seinen „Weg der Pflicht im Vertrauen auf sein Recht“ weitergehen werde.

**Neuer Präsident des Reichspatentamts**

Berlin, 2. Febr. Ministerialrat Klauer vom Reichsjustizministerium ist auf Vorschlag des Reichsrats zum Präsidenten des Reichspatentamts, das Mitglied des Reichspatentamts, Reichsrat Dipl.-Ing. Ellmenreich, ist zum Direktor im Reichspatentamt ernannt worden.

**Ein kommunistischer Gememord**

Vier Kommunisten auf der Flucht erschossen

Potsdam, 2. Febr. Dem geheimnisvollen Verbrechen in Nowawes sind die Beamten der Staatspolizeistelle Potsdam bald auf die Spur gekommen. Schon jetzt ist festgestellt worden, daß der noch nicht gefaßte Mörder des Tischlers Kattner in Verbindung mit dem noch nicht restlos aufgeschlagenen kommunistischen Geheimapparat in Verbindung gestanden haben muß.

Der ermordete Tischler Kattner war früher leitender Funktionär in der KPD und ein naher Vertrauensmann Thälmanns. Auf Grund seiner bisher gemachten Aussagen war er der Kronzeuge in dem bevorstehenden Hochverratsprozeß gegen Thälmann, durch die Befragungen Kattners sollte erneut das Hochverratsverbrechen der Kommunisten unter Beweis gestellt werden. Von kommunistischer Seite war Kattner wiederholt aufgefordert worden, nach Rußland zu gehen. Kattner leistete diesem Befehl nicht Folge, weil er befürchtete, in Rußland ums Leben gebracht zu werden. Nunmehr beschloß der kommunistische Geheimapparat, Kattner durch Gememord zu beseitigen. Die illegale kommunistische Bezirksleitung Berlin-Brandenburg hatte die Tat durch Rundschreiben, einer sogenannten schwarzen Liste, vorbereitet.

Im Zusammenhang mit den in der Sache geführten Ermittlungen sollten vier kommunistische Seigenfunktionäre, die sich schon seit einiger Zeit in Haft befinden über die Art der Vorbereitung des Gememordes Auskunft geben. Aus diesem Grunde wurden diese vier Kommunisten von Berlin aus zur Staatspolizeistelle Potsdam zu Gegenüberstellungen und Vernehmungen übergeführt. Auf dem Transport drangen sie beim Passieren des sogenannten Kilometerberges in Wannsee aus dem Kraitwagen und versuchten, im anliegenden Waldgelände zu entkommen. Die Polizeibeamten nahmen sofort die Verfolgung der flüchtenden Kommunisten auf. Als diese auf mehrmalige Haltbefehle nicht standen, sondern ihrerseits gegen die Beamten mit Gewalt vorzugehen versuchten, feuerten diese in ihrer Bedrängnis in pflichtgemäßem Ermessen als ihren Dienstwaffen auf die Kommunisten, die getroffen zu Boden sanken und bald nach dem Fluchtversuch an ihren Verletzungen starben.

Wie wir nachträglich erfahren, war der Ermordete gerade im Begriff, der Polizei die Mörder der vor einigen Jahren auf dem Bülowplatz in Berlin ermordeten Polizeioffiziere Anlauf und Pent anzugeben. Mit welcher Dreistigkeit jetzt dieser kommunistische Gememord ausgeführt wurde, beweist die Tatsache, daß der Mord am helllichten Tage an einer stark beleuchteten Verkehrsstraße in Nowawes geschah.

**Gewissensklause im neuen Impfgesetz**

DNB. Berlin, 2. Febr. Die bevorstehende Revision des Impfgesetzes wird nach dem Vorgang anderer Länder, z. B. England, Holland, voraussichtlich die sogenannte Gewissensklause bringen, durch die grundsätzlichen Gegnern der Impfung die Möglichkeit gegeben wird, unter bestimmten Voraussetzungen die Einstellung von Zwangsmassnahmen zur Durchführung der Impfung zu erreichen. Im Hinblick hierauf hat der Reichsminister des Innern angeordnet, daß in den Regelsfällen, also außerhalb der Zeiten besonderer Gefährdung des Volkes durch Epidemien, von Maßnahmen zur zwangsweisen Impfung und von der Einleitung von Strafverfahren wegen Unterlassung der Impfung einstweilen Abstand genommen wird.

**Die Kommandantin der englischen Frauenhilfepolizei über ihre Unterredung mit dem Führer**

DNB. London, 2. Febr. Die Kommandantin der englischen Frauenhilfepolizei, Allan, berichtet, laut Reuters, über ihre Unterredung mit dem Führer folgendes:

„Hitler hat mir außerordentlich gut gefallen. Er machte mir den Eindruck eines sehr ehrlichen und idealistischen Mannes, der wohl in der Lage ist, das deutsche Volk zu begeistern. Ich habe niemals ein so einiges Volk gesehen wie das deutsche.“

Morgen, Sonntag, Eintopfergericht!  
Spate für die Hungernden!



**Der Weg in den neuen Tag**

Roman von Helma von Hellebrand

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

Aber noch ehe das Paar von der mehrwöchigen Hochzeitsreise zurückgekehrt, hatte es jüdische Neugier herausgebracht: die Gemahlin Magnus Steinherrns war die Witwe seines Chauffeurs. „Wissen Sie nicht, der schlanke, blonde Mensch, den Steinherr immer Doktor nannte?“

Das war ein pitanter Witz für phantasiebegabte Lüfterheit! Man konnte es kaum erwarten, diese junge Frau Steinherr gründlich in Augenschein zu nehmen.

Aber als Magnus Steinherr seine Gemahlin gelegentlich eines ihnen zu Ehren gegebenen Abendessens beim Finanzminister zum ersten Male in die Öffentlichkeit eines großen Kreises einführte, als er mit ihr am Arm den Salon betrat, verstummten die rauhenden Stimmen mit einem Schlag.

„Donnerwetter“, entfuhr es da dem alten Geheimrat Hollenberg, der größte Ausjücht hatte, der nächste Präsident zu werden, „das ist ja eine Königin!“ Alle Häufe reckten sich. Und unter dem Druck dieser sie umwitternden allgemeinen Neugier hob Wera Steinherr das blonde Haupt ein wenig höher und hatte, ohne es zu wissen, wieder jenen kleinen, abweisenden Zug im zarten Antlitz, den ihr Mann schon an dem Kinde bemerkt, sobald etwas ihm mißfiel. Wahrhaft königlich sah die schlanke Frau in dem Schlepptuch aus silberberieselten Spitzen aus, und als sich einer nach dem anderen der Herren herandrängte, um sich über ihre Hand zu beugen, als ein Lächeln das schöne, stolze Gesicht zu hinreißender Lieblichkeit verteilte, sah es aus, als ob eine gnädige Fürstin ihre Untertanen beglückte. Keuperlich gelassen, aber mit geheimer Befriedigung gewahrte Steinherr, wie man seiner jungen Frau huldigte, wie die Blicke der anwesenden Damen gespannt jede der

anmutigen Bewegungen, den Zug des Kleides, den Tonfall der weichen, etwas tiefen Stimme kontrollierten. Sehr stolz war er auf die Frau, die seinen Namen trug, die Frau, die Not und Armut gekannt, und nun die Würde des Reichthums mit einer Selbstverständlichkeit und Sicherheit trug, die nur dem geborenen Herrenmenschen eigen.

„Kleine Wera“, dachte er weich, sie beobachtend, „wann lehrt Liebe dich, um Liebe zu bitten?“

Aber als Wera sich nach ihrem Manne umfah, stand er bei der reizenden Frau des Gastes, einer sprühlebendigen Primette, die ihn offensichtlich anschwärmte, und hatte keinen Blick für sie. Ein seiner, stehender Schmerz durchzuckte sie. Entgilt ihr Magnus ganz, nun er wieder im Kreise seiner Freunde war? Allzu leicht vertor man, was man nicht ganz besah...

Wera, die die Stille früher so sehr geliebt, empfand sie jetzt inmitten aller Dienerschaft in ihrem großen Hause oft als bedrückend und beschäftigte sich viel und eingehend mit Verrückungen und Verschönerungen der prunkvollen, aber kalten Räume, zu denen ihr Mann ihr die Erlaubnis willig gewährte. Unter ihren Anordnungen wurden Wunder geschaffen. Hier ein Möbelstück mehr, dort ein weniger, zart abgetönte Wandbespannungen und Teppiche, Blumen in Schalen und schlanken Kelchen, ein paar köstliche Bronzen — und ein bezaubernd schönes Heim entstand.

Aber Magnus Steinherr bemerkte es kaum. Flüchtling glitt sein Auge über die neugeschaffene Traulichkeit, die jeden Besucher entzückte.

Im Wert gab es Schwierigkeiten. Die großen Aufträge hatten viele Neuansstellungen bedingt, und diese Fremden beanspruchten nun höheren Gewinnanteil, als ihnen zulang. Da mürrten sie, begannen zu beken, mit Streit zu drohen. Täglich gab es jetzt Streit zu schlichten, denn die Unzufriedenheit griff wie eine ansteckende Krankheit auch auf die älteren Arbeiter und Angestellten über. Umsonst entließ Steinherr die schlimmsten Krakeeler, berief den Betriebsrat zu vertraulicher Aussprache. Unmöglich war, was die Schreier verlangten.

„Wenn sich das Wert nicht mehr rentiert, leidet ihr alle

darunter“, mahnte er. „Erhalten die Arbeiter der unteren Stufe mehr, so muß euer aller Anteil dementsprechend erhöht werden. So viel Ueberfluß aber wirft das Wert nicht ab.“

Sie nickten, bekümmert, aber nur halb überzeugt. Und die Körgler vermehrten sich.

**Fünfunddreißigstes Kapitel.**

Die ersten Frühlingstage kamen und mit ihnen die lauen, kernentleuchtenden Nächte, in denen tausend Düste dem Schoß der ausbrechenden Erde entquollen und das Menschenherz sich weitete in unennbarer Sehnsucht.

Voll dumpfer Unrast war der Schlaf der einsamen Frau im Herrenhause. Oft stand sie auf, trat ans offene Fenster und schaute hinaus in die Mondessilberhelle, von unendlicher Traurigkeit beschwert. Nichts half es mehr, an Georg zu denken, sich im Geist in die kurze Glückszeit mit ihm zurückzuversetzen. Georgs Nähe war nicht mehr fühlbar; je sehnsüchtiger sie nach ihm verlangte, je ferner schien er. Es war, als habe er ihr einen neuen Weg gewiesen, indem er sich von ihr getrennt, und auf diesem Wege stand ein anderer und wartete, daß sie sich zu ihm fand.

Keinen Schritt kam er ihr entgegen. Alles oder nichts! Anderer, härterer Wesensart war dieser Mann als Georg von Randro, unbegreifbar, unbeeinflussbar, und bezwingend, weil er sich selbst bezwang.

War er fern, so vermischte sie seine lebensvolle Gegenwart. Und war er bei ihr, so band ihr Scheu und eine seltsame, früher nie gekannte Unsicherheit den Mut. Freundschaftlich und doch getrennt lebten sie nebeneinander her. „Er will mich ja gar nicht“, dachte sie und hatte plötzlich die Augen voller Tränen. „Er sieht gar nicht, daß ich veruche, ihm ein Heim zu schaffen, lebt nur für das Wert, für die Arbeit. Was kann eine Frau solchem Manne sein?“

„Alles oder nichts!“ tönte seine Stimme in ihrem Ohr. Alles...?

(Fortsetzung folgt.)